

Fragenkatalog

I. Energiepolitik/Klimapolitik

- Wie sehen Sie die Entwicklung konventioneller und regenerativer Energieerzeugung für die Energieversorgung in der nächsten Wahlperiode?

Die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien ist weiter auszubauen, kann jedoch die konventionellen Energieträger auf absehbare Zeit nicht ersetzen. Ausbau und Nutzung der Chancen als Klimaschutzregion Elbe-Elster.

- Welchen regenerativen Energiequellen räumen Sie im Land Brandenburg besondere Entwicklungsmöglichkeiten ein?

Windenergie, Geothermie und Biomasse haben das größte Entwicklungspotential. Auch Solarenergie wird zunehmen, aber auf Grund der geografischen Lage weiterhin eine untergeordnete Rolle spielen.

- Würden Sie Dächer kommunaler Gebäude für Solaranlagen zur Verfügung stellen?

Ja, dort wo es statisch, konstruktiv möglich ist.

- Energiesparmaßnahmen werden allorts diskutiert. Wo sehen Sie Schwerpunkte für effektive Einsparungen?

Wärmedämmung verbessern, sparsamere Fahrzeuge anschaffen.

- Welche Maßnahmen zur Beeinflussung der Energie- und Wärmeversorgung sind für Stadtverwaltungen und weitere öffentliche Gebäude vorgesehen?

Dort wo die Wärmeversorgung zu erneuern ist, wird die Nutzung erneuerbarer Energien geprüft, ggf. Erdwärme. In (wenigen) Einzelfällen können Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärmekopplung sinnvoll sein.

- Was beabsichtigen Sie, um die CO₂-Ausstöße zu senken? (sh. oben)
- Haben Sie ein Klimaschutzprogramm? Welche Schwerpunkte beinhaltet Ihr Klimaschutzprogramm?

Belegung der Klimaschutzregion Elbe-Elster.

- Haben Sie Bildungsmaßnahmen zum Klimaschutz geplant?

Für die Lehrpläne ist das Land zuständig, die Gemeinden können praktische Anschauungsbeispiele bereit stellen oder Vereine mit entsprechenden Angeboten unterstützen.

- Würden Sie einen mittelfristigen Braunkohleausstieg befürworten? Die Frage ist hier, was „Mittelfristig“ ist. Wir können erst aus der Braunkohleverstromung aussteigen, wenn wir für die Sicherung der Grundlastversorgung eine Alternative

haben. Gegenwärtig wird die Grundlastversorgung vor allem durch Kohle und Kernenergie gesichert. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie bis 2023 spielt die Kohleverstromung eine größere Rolle. Die Erneuerbaren Energien sind noch nicht in der Lage, die Grundlastversorgung zu sichern und sich nur auf (zu importierendes) Erdgas zu stützen, ist zu riskant.

- Befürworten Sie neue Tagebaue?

Da auf die Kohleverstromung für die Grundlastversorgung noch nicht verzichtet werden kann und die Tagebaue für das Kraftwerk Jänschwalde nur bis ca. 2023 reichen, sind neue Tagebaue erforderlich. Jedoch sollten sie nur in Verbindung mit CO₂-freien Kraftwerken genehmigt werden und Umsiedlungen auf ein Minimum reduziert werden.

II. Naturschutz

- Welche Aussagen zum Natur- und Umweltschutz sind in Ihrem Wahlprogramm enthalten? Welche konkreten Projekte vertreten Sie?
- Wie stehen Sie zum Ausbau von Spree und Havel? Liegt nicht in meinem Landkreis.

- Welche Maßnahmen ergreifen Sie für den Baumschutz in Ihrem Kreis und den Schutz der Alleen im Land Brandenburg?

Für den Alleenschutz an Landes- und Bundesstraßen ist das Land zuständig. Es hat dazu eine Alleenkonzeption beschlossen, nach der Alleen in ihrer Gesamtheit zu erhalten und zu schützen sind. Dazu werden jährlich 5000 Alleenbäume gepflanzt. Kreise und Gemeinden können dies für ihren Zuständigkeitsbereich tun.

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, verstärkt zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Natur- und Kulturlandschaft in Brandenburg beizutragen?

Siedlungsentwicklung und Gewerbeansiedlung ist auf bereits bebaute (Brach-)Flächen zu konzentrieren (Innenentwicklung), Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind für die Entseigelung und Renaturierung nicht mehr benötigter Brachflächen einzusetzen.

- Welche Maßnahmen planen Sie zum Erhalt von FFH-Lebensräumen?

Einhaltung der für FFH-Gebiete geltenden Schutzbestimmungen.

- Wie bewirtschaften Sie kommunale/kreiseigene Wälder? Wenn vorhanden, nachhaltig mit entsprechender Zertifizierung
- Werden in Ihrer Kommune/Ihrem Landkreis bundeseigene Liegenschaften z. B. Naturschutzflächen oder Seen durch Bundesgesellschaften (BVVG) versteigert? Wie verhält sich die Kommune/ der Landkreis in diesen Fällen? Wären Sie bereit, gegebenenfalls Flächen für den Naturschutz zu sichern?

Soweit die Haushaltslage es zulässt, ist es sinnvoll (wurde schon gemacht). Man kann aber auch Flächen planungsrechtlich sichern, ohne sie zu erwerben. Damit erlischt in der Regel auch das Interesse kommerzieller Erwerber.

III. Gentechnik

- Sind Sie für die Einführung und Vermarktung von gentechnisch veränderten Organismen?

Ohne gentechnisch veränderte Organismen wären Apotheken ziemlich leer, auch bestimmte Rohstoffe für die Industrie werden durch gentechnisch veränderte Organismen erzeugt.

- Was halten Sie vom Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere für die Produktion von Lebensmitteln?

Das sollte jeder für sich selbst entscheiden. Wichtig ist dafür eine eindeutige Kennzeichnung.

- Halten Sie eine Kennzeichnung bei Produkten für notwendig, die von Tieren stammen, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden?
- Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass VerbraucherInnen und Landwirte über die Agrar-Gentechnik umfassend und neutral informiert werden?

Wir unterstützen die Arbeit der Verbraucherzentrale.

- Beabsichtigen Sie in Ihrem Kommunalparlament/Kreistag einen Beschluss herbeizuführen, der die Errichtung gentechnikfreier Regionen beinhaltet?

Eine solche Erklärung hat den Charakter einer freiwilligen Erklärung und keine rechtliche Bindungswirkung für die Landwirte und sollte nur erfolgen, wenn alle Landwirte das mittragen.

IV. Massentierhaltung

- Setzen Sie sich in Ihrem Wahlprogramm für tiergerechte Stallungen und entsprechende hygienische Bedingungen in den Anlagen ein?
- Welche Maßnahmen sind in Folge von Massentierhaltung zur Verringerung der Lärm- und Geruchsbelästigung sowie der negativen Auswirkungen auf Boden, Wasser, Flora, Fauna, Mensch und Tourismus in Ihrem Wahlprogramm vorgesehen?

Hinweis: Dazu gibt es eindeutige gesetzliche Vorschriften. Wenn ein Investor im Genehmigungsverfahren nachweist, dass er alle Vorschriften einhält, hat er einen einklagbaren Rechtsanspruch auf eine Genehmigung.

V. Agrarpolitik

- Wie positionieren Sie sich zur Ökologisierung in der Landwirtschaft?

Landwirtschaft ist in der Ökologie und Landschaftspflege der wichtigste Partner.

- Inwieweit unterstützen Sie die Erweiterung des Angebotes typischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Region?

Das wurde schon immer unterstützt mit dem Ziel der Wertschöpfung und Veredelung.

- Sehen Sie die Notwendigkeit der Einführung identifizierbarer Herkunftszeichen?

Es gibt bereits so viele Gütesiegel und Herkunftszeichen, das die Verbraucher kaum noch durchsehen. Ziel sollte eine Vereinfachung sein.

- Welche negativen oder positiven Auswirkungen sehen Sie im Ausbau des ländlichen Tourismus?

Für den ländlich geprägten Raum ist Tourismus eine weitere Chance um Einnahmen zu erzielen. Notwendig ist die Vernetzung von entsprechenden Angeboten (natursensibel).

- Setzen Sie sich dafür ein, dass bei Genehmigungsanträgen zur Massentierhaltung, bei denen die Kommune/Landkreis als Träger öffentlicher Belange beteiligt wird, aus der Verwaltung negative Stellungnahmen abgegeben werden?

VI. Abfall/Industrie

- Welche Maßnahmen zur umweltverträglichen Abfallvermeidung und –verwertung planen Sie?
- Unterstützen Sie die Position, im öffentlichen Beschaffungswesen verstärkt Erzeugnisse zu berücksichtigen, die aus Reststoffen oder Abfällen und mit rohstoff- bzw. reststoffarmen Produktionsverfahren hergestellt werden?

Ja, es gibt vom Umweltbundesamt ein Handbuch für die umweltfreundliche Beschaffung.

- Wie stehen Sie zum Thema Müllmitverbrennungsanlagen bzw. Mitverbrennung von Abfällen in anderen Anlagen (Beispiel Kraftwerk Jänschwalde)?

Sofern bei der Verbrennung die gleichen Umweltstandards gewährleistet werden, wie bei reinen Abfallverbrennungsanlagen, ist die Mitverbrennung in Ordnung, da so fossile Energieträger eingespart werden können.

VII. Verkehrspolitik

- Welche Schwerpunkte zur Feinstaubverminderung und zur Reduzierung von Verkehrslärm enthält Ihr Wahlprogramm?

Es kommen in Betracht: Optimierung von Ampelschaltungen, Geschwindigkeitsreduzierungen, Nachtfahrverbot für LKW, P&R, Verbesserung des ÖPNV (Beschleunigung durch Busspuren und Ampelvorrangschaltungen), Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt, Lärmindernde Straßenbeläge usw.

- Was halten Sie von einer Erweiterung des flächendeckenden, öffentlichen Personennahverkehrs?

Die Mobilität ist flächendeckend zu gewährleisten, jedoch muss der ÖPNV dem Bedarf angepasst sein. Es ist weder für das Klima noch für den Haushalt gut, wenn große Fahrzeuge ohne Fahrgäste oder nur mit 1-2 Personen durch die Gegend fahren. Wir haben schon länger das „Rufbus-Modell“ eingeführt.

- Unterstützen bzw. planen Sie die Einführung von Umweltzonen?

Nein

- Setzen sie sich für den weiteren Ausbau von Radwegen ein?

Ja, wie schon seit vielen Jahren.

- Unterstützen Sie die Planung von Ortsumgehungen?

Ja, wo sie sinnvoll sind, z. B. in Bad Liebenwerda

VIII. Allgemeines

- Wie gewährleisten Sie, dass Umweltschutzbelange in Landschaftsrahmenplänen (Landkreise) oder Flächennutzungsplänen (Kommunen) stärkere Berücksichtigung finden?

Wichtiger Punkt im Kreisentwicklungskonzept und in der „Genehmigungsbehörde“ ist Bauamt und Denkmalschutz

- Was unternimmt Ihre Kommune/der Landkreis zur Reduzierung des Flächenverbrauchs? (sh. oben)
- Fördern Sie die Rekommunalisierung (Bsp. Städtische Energieunternehmen, Abfallentsorgung)?

Nicht notwendig, da die Unternehmen noch kommunal sind.